Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 161 (1995)

Heft: 11

Artikel: In realistischen Schritten auf dem guten Weg

Autor: Frick, Bruno

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-63863

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

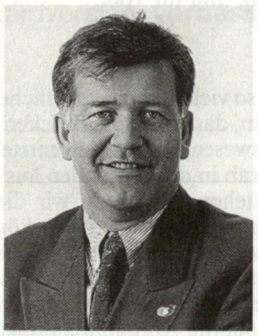
Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

In realistischen Schritten auf dem guten Weg

Bruno Frick

Diese persönlichen Gedanken zur längerfristigen schweizerischen Sicherheitspolitik aus der Sicht eines aktiven Truppenkommandanten und «eidg. Parlamentariers» sollen kurz einige klare Aussagen über die Perspektiven der schweizerischen Sicherheitspolitik in den nächsten Jahren aufzeigen.



Bruno Frick,
Ständerat Schwyz (CVP),
Rechtsanwalt und Notar,
Major i Gst, Kdt Hb Abt 35,
Postfach 346, 8840 Einsiedeln.

Sicherheitspolitik im demokratischen Wettbewerb

Seit dem Zweiten Weltkrieg bis weit in die achtziger Jahre stand unsere Sicherheitspolitik ausserhalb des demokratischen Wettbewerbes. Sie genoss ein emotional fast mystisch überhöhtes Privileg und war der breiten politischen Diskussion entzogen. Das fehlende Finanzreferendum auf Bundesebene tat das Seine dazu, so dass Rüstungsbeschaffungen nur bei besonderen Vorfällen – etwa beim Mirage-Skandal – der breiten Öffentlichkeit bewusst wurden. Und in der Truppe verdeckte die institutionelle Autorität des Ranges oft mangelnde Überzeugungskraft und Führungsqualität. In diese fast idyllische Situation platzte die Initiative zur Abschaffung der Armee, schockierte und irritierte. Die Schweiz musste wieder lernen, ihre Bürgerinnen und Bürger auch von sicherheitspolitischen Vorhaben zu überzeugen, genau wie von Steuer- und Verkehrsvorlagen. Rückblickend betrachtet, war diese Volksinitiative für die Armee und Sicherheitspolitik ein demokratischer Gewinn. Das Verhältnis der Armee zur demokratischen Auseinandersetzung hat sich entkrampft. Inzwischen sind öffentliche Diskussionen um sicherheitspolitische und Rüstungsfragen eine Selbstverständlichkeit. Dass die Schweizer Bürgerinnen und Bürger vor zwei Jahren in Zeiten tiefroter Bundesfinanzen und fehlender direkter Bedrohung sehr deutlich dem Kauf der F/A-18-Flotte für über drei Milliarden Franken zustimmten, ist einerseits Beweis für die sicherheitspolitische Reifeprüfung unserer Bürgerinnen und Bürger, belegt aber anderseits, dass wir in kurzer Zeit gelernt haben, mit sicherheitspolitischen Anliegen im demokratischen Wettbewerb zu überzeugen.

Bundespräsident Villiger hat in der Umsetzung sicherheitspolitischer Fragen sogar neue demokratische Massstäbe gesetzt. Während bis dahin die politische Diskussion um grosse Projekte regelmässig erst bei der parlamentarischen Beratung und der nachfolgenden Volksabstimmung einsetzte, verstand er es, mit dem sicherheitspolitischen Bericht und dem Armeeleitbild die geplante Armee 95 dank offener und gründlicher Information früh ins Bewusstsein zu rufen. Was zwei Jahre später als Gesetz über die Armee 95 und Neuorganisation des EMD vorgelegt wurde, hatte bereits alle wesentlichen Meinungen und Einwände verarbeitet. Die Parlamentsarbeit geriet darob fast zur speditiven Routinearbeit, niemand dachte an ein Referendum. Die Sicherheitspolitik ist heute demokratisch so gefestigt, dass wir weder die nächste noch eine folgende Halbierungsinitiative fürchten müssen.

Warten auf Armee 2010?

Die Armee 95 wird eben erst eingeführt, und schon ertönt der Ruf nach der nächsten Reorganisation. Wie in allen Bereichen der Demokratie endet auch die Sicherheitspolitik nicht heute. Bestimmt wird eine Armee (zirka) 2010 folgen, wie auf die Armee 61 die Armee 95 folgte. Verbessert sich die sicherheitspolitische Lage Westeuropas mit gleicher Rasanz weiter und stabilisiert sich Europa zusätzlich, kann die nächste Armeereform auch schon früher nötig sein. Und die Demokratie braucht Vordenker, die bereits heute langfristige Skizzen ohne Anspruch auf baldige Verwirklichung entwerfen. Denn Meinungsbildung beginnt nicht erst auf Beschluss der Bundesverwaltung hin.

Doch hat dies innenpolitisch nicht Priorität. Gefragt ist jetzt die Konsolidierung der Armee. Die Truppe – Kader aller Stufen genau wie die Soldaten – müssen nun Vertrauen in die Armee 95, ihre Organisation und den neuen Ausbildungsrhythmus gewinnen, bevor wir sie mit der nächsten Reorganisation beschäftigen. Darüber hinaus stellt sich die Frage, wie sich die Sicherheitspolitik der Schweiz in den kommenden fünf bis zehn Jahren entwickeln soll. Einige dieser Fragen will ich im folgenden beleuchten.

Welche Sicherheit braucht die Schweiz?

Wir leben in einer Zeit zunehmender Individualität. Überdies fehlt seit dem Untergang des Ostblocks eine reale machtpolitische oder militärische Bedrohung. Das verstärkt den Wunsch nach «anderen» Sicherheiten: soziale Sicherheit, Beseitigung von Umweltge-

fahren und Schutz vor Kriminalität werden als grösste Sicherheitswünsche empfunden. Im umfassenden Sinn orientiert sich jede Tätigkeit des Staates an der Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger. Der Zweckartikel der Bundesverfassung (Art. 2) will im Grunde nichts anderes als Sicherheit und Schutz seiner Bürger in den wichtigen Lebensbereichen: den Schutz vor machtpolitischen, militärischen Bedrohungen (Sicherheitspolitik im traditionellen, engeren Sinn) sowie die innere und die soziale Sicherheit und die Sicherung der individuellen Freiheit

Jene Kreise, welche die Armee mindestens halbieren möchten, sprechen ihr auch die Fähigkeit ab, mehrere Funktionen gleichzeitig zu übernehmen.

(Sicherheitspolitik im weiteren Sinne). Nach dem Entwurf der revidierten Bundesverfassung ist auch die Sicherung der Umwelt und des internationalen Friedens Zweck der Eidgenossenschaft – typische Elemente der Sicherheitspolitik im weiteren Sinne. Und es ist richtig, wenn die einzelnen Sicherheitselemente entsprechend der aktuellen Bedrohung zu jeder Zeit neu gewichtet werden. Falsch aber ist, wenn die verschiedenen *Sicherheiten gegeneinander ausgespielt* werden. Genau dies ist zunehmend der Fall. Kommt die Tendenz hinzu, die machtpolitischen Gefahren langfristig zu unterschätzen, weil momentan keine militärische Bedrohung besteht. Eine umfassende Sicherheitspolitik trägt daher allen wesentlichen Gefahren gleichzeitig Rechnung und spielt sie nicht gegen die soziale Sicherheit aus, wie dies beispielsweise in der ungültigen Halbierungsinitiative der Fall war.

Zudem wandelt sich das militärische Sicherheitsbedürfnis innerhalb der Schweiz. Die Bedrohung verlagert sich von der Gefahr eines militärischen Angriffes weg, hin zum Terror und zu Anschlägen gegen die Zivilbevölkerung und die zivile Infrastruktur. Die Ereignisse 1995 in Frankreich veranschaulichen es. Damit wird sich auch die Aufgabe der Armee noch mehr weg von der Kriegführung in Richtung Polizeidienst verlagern zum Schutz der Bevölkerung und der Infrastruktur. Die Territorialinfanterie erhält in diesem Umfeld entscheidende Bedeutung. Auch die Aufgaben und die Ausbildung der Feld- und Gebirgsdivisionen müssen sich vermehrt auf den Schutz ausrichten, während sich die traditionellen Aufgaben (Kampfführung) noch mehr zurückbilden.

Die Globalisierung der Bedrohungen

Die militärischen Bedrohungen sind mit dem Untergang des Ostblocks nicht ein für alle Mal ausgeschaltet. Gegenteils entstanden seither neue Kriege und Konflikte. Unsere Bedrohung ist heute zwar nicht eine militärische Offensive, sondern Terror und ähnliche Gewaltakte, die auch neue Einsätze und Ausbildungen der Armee verlangen. Unser Sicherheitsraum beginnt nicht mehr an der Grenze in Chiasso oder Sargans, sondern in fundamentalistischen Staaten oder in Kriegsherden als Quelle von Flüchtlingsströmen. Darum kommt der präventiven Sicherheitspolitik der Schweiz immer grössere Bedeutung zu, und ich bedauere daher die Ablehnung der Blauhelm-Vorlage. Wir müssen uns zu mehr Friedensförderung auch mit der Armee entscheiden, auch wenn kaum zu beweisen ist, dass dank den Blauhelmen gewisse Kriege und viele Flüchtlingsströme gar nicht entstanden sind. Die Globalisierung der Bedrohungen entbindet uns aber gar nicht von einer eigenen, glaubwürdigen Armee innerhalb der Schweiz.

Soll die Armee multifunktional sein?

Jene Kreise, welche die Armee mindestens halbieren möchten, sprechen ihr auch die Fähigkeit ab, mehrere Funktionen gleichzeitig zu übernehmen: Katastrophenhilfe neben Kampfführung usw. Diese Argumentation zielt darauf ab, der Armee vorzuwerfen, sie enthalte überflüssige Elemente, die wegrationalisiert werden könnten. Sie übersieht, dass jeder Verband nur eine Funktion ausübt, und verschweigt, dass ein Staat die Katastrophenhilfe in jedem Fall gewährleisten muss. Ob sie nun über das EMD oder das Zivilschutz-Budget bezahlt wird, ist letztlich unbedeutend. Vorbehalte aber habe ich dort, wo zivil und militärisch Doppelspurigkeiten bestehen. So ist zu fragen, ob zwei parallele Spitalinfrastrukturen in der heutigen Art noch zweckmässig sind; eine unterirdisch gesicherte Armee (die x-Millionen kostet, aber in Friedenszeiten nicht benutzt wird) und das zivile Spitalnetz primär für die Friedenszeit. Denn zwei parallele Organisationen können personell gar nicht besetzt werden. Auch hinsichtlich Katastrophenhilfe ist genau zu prüfen, wo Doppelspurigkeiten zwischen zivilen und militärischen Mitteln bestehen. Hier scheinen einige Verbesserungs- und Sparmöglichkeiten prüfenswert.

Kooperation mit dem Ausland und Neutralität

Neutralität in ihrem Kerngehalt – keine Kriegspartei darf begünstigt oder

Die Stimmen, die heute schlankweg die Neutralität aufgeben wollen, gehen an der Realität vorbei.

benachteiligt werden, solange die Schweiz nicht selber in einen Krieg verwickelt ist – ist ein politischer Weg, der unseren Kleinstaat über Jahrhunderte vor vielem bewahrt hat. Neutralität heisst nicht politische Farb- und Meinungslosigkeit, zu Recht beteiligt sich die Schweiz an internationalen Sanktionen. Nach neuen Umfragen sprechen sich über 80% der Schweizerinnen und Schweizer für die Neutralität aus. Die Stimmen, die heute schlankweg die Neutralität aufgeben wollen, gehen an der Realität vorbei. Sie gegen ein Bündnis einzutauschen, kommt auch nicht in Frage, bevor unser Verhältnis gegenüber der Europäischen Union nicht neu geregelt ist. Aber gerade ein neutraler Staat braucht eine glaubwürdige, eigenständige Armee, weil seine Neutralität nur so glaubwürdig ist. Ein schwacher Staat wird in Zeiten gespannter Lage seine Neutralität nicht halten können. Der effiziente Mitteleinsatz hingegen verlangt eine Zusammenarbeit mit ausländischen Staaten im militärischen Bereich, die jederzeit kündbar ist und uns nicht in ein Sicherheitsbündnis eingliedert. Diese Zusammenarbeit à la carte ist heute beispielsweise mit der NATO möglich, muss aber inhaltlich und formell so geregelt sein, dass ein Beitritt über die Hintertür ausgeschlossen ist. Sie widerspricht der Neutralität nicht, wenn sie sich auf einzelne Bereiche beschränkt wie Ausbildung von Truppe und Stäben, Entwicklung von Systemen, Beschaffung von Material und dergleichen. Solche Zusammenarbeit ist in den kommenden Jahren anhand zu nehmen – realistische Schritte für eine moderne, gelebte Neutralität. ■